

Mit Menschenrechten darf man nicht spielen!



Die Flüchtlinge seien nun mal bundesgesetzlichen Regelungen unterworfen, erklären achselzuckende VertreterInnen von Landespolitik und -exekutive gern auf ihnen von Selbstorganisationen oder Solidaritätsgruppen angetragene politische Klagen. Probleme, wie sie sich aus der Umsetzung der Residenzpflicht, des Ausreisezentrums oder der Behördenpraxis ergeben, gehören in die politische und Verwaltungsverantwortung der Bundesländer, belehren uns hingegen ausweichende Abgeordnete und RegierungsvertreterInnen des Bundes.

Mit solchen Unzuständigkeitserklärungen ist zunächst Schluss. Zumindest in einem Jahr, wo die Bundestags- und die Landtagswahl auf dasselbe Datum fallen, gibt es kein Herausreden mehr aus der politischen Verantwortung. Gute Zeiten also mit Blick auf die Flüchtlings-, Einwanderungs- und Integrationspolitik, sowohl des Bundes wie des Landes, nach Alternativen zum Status Quo zu fragen – und solche von den parteipolitischen WettbewerberInnen einzufordern!

Indes herrschen weiterhin schlechte Zeiten für die von welcher Politik auch immer betroffenen und von trügerischen Hoffnungen getriebenen Flüchtlinge. An Europas Grenzen werden sie abgedrängt, interniert oder abgeschoben. Wem der Sprung in den Norden gelingt, wird wohnverpflichtet in Kasernen, mit zweierlei Maß im Asyl- bzw. im Resettlementverfahren behandelt oder zu großer Zahl mit leeren Bleiberechtsversprechen abgefertigt.

Die zur Rückkehr zumutbare Heimat brennt so manchenorts. In Afghanistan befindet sich der ruinierte Staat im Würgegriff von korrupten Eliten und militärischer Gewalt. Angesichts der bekannten damaszener Zustände geraten aktuelle Abschiebungen nach Syrien zum Roulette für die Betroffenen.

Doch mit Menschenrechten darf man nicht spielen! erklären Verbände, internationale und deutsche Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen bundesweit im Superwahljahr 2009. Die aktuelle Ausgabe unseres Magazins enthält auch deshalb neben eigenen Diskussionsbeiträgen das diesjährige PRO ASYL-Heft zum Tag des Flüchtlings 2009.

Martin Link
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein
Kiel, 11. August 2009

INHALT

1	Grußwort von Michael Lindenbauer, UNHCR-Vertreter für Deutschland und Österreich, zum Tag des Flüchtlings 2009	18	Auf gut Deutsch – Wie die Regelungen zum Familiennachzug Deutsche und ihre ausländischen Partner diskriminieren Heiko Habbe	III	Zentrale Flüchtlingsunterbringung in Neumünster Zur Regierungsantwort auf eine Große Landtagsanfrage Astrid Willer	30	Verhör oder Anhörung? Fragwürdige Praxis bei der Asylantragstellung Hubert Heinhold
2	Die Politik spielt Pontius Pilatus – Wie Europa mit den Flüchtlingen umgeht Dr. Heribert Prantl	19	Über das Kirchenasyl zur Flüchtlingsanerkennung Konrad Rüssel / Timmo Scherenberg	VI	Weiter wie gehabt – oder auf zu neuen Ufern? Flüchtlingspolitik: Interviews mit BundestagskandidatInnen der Parteien	32	Zahlen und Fakten 2008
4	Mit Menschenrechten darf man nicht spielen Günter Burkhardt	20	Deutschland Lagerland – Bayern entschärft die repressive Unterbringung von Flüchtlingen in Sammellagern Alexander Thal	XIII	Syrien – Verhaftung und Folter nicht ausgeschlossen Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung Farah Abdi	34	Die wahre Kunst der Diplomatie – Britische Diplomaten als Fluchthelfer nach dem Novemberpogrom 1938 Leo Goebbels / Bernd Mesovic
8	Weg vom Provisorium – Flüchtlinge brauchen dauerhafte Lösungen: Resettlement ist eine davon Bernd Mesovic	22	»Wir nutzten jede Sekunde des Gesprächs, um unsere Wut rauszuspuken.« Interview von Matthias Weinzierl mit Felleke Bahiru Kum	XV	Afghanistan – Kein Vertrauen in Gesetzgebung und Justiz - Ruiniertes Land zwischen Korruption und Gewalt Norman Paech	36	»Gut für die Griechen, aber nicht für Flüchtlinge« Christi Wilkens
10	save me – Eine Stadt sagt ja! Andrea Kothen	24	Illegalisierte: Recht auf Arbeit, Recht auf Lohn Matthias Weinzierl im Gespräch mit Café Exil	26	KICK fehlte noch – Was politischer Wille zum Schutz von Minderjährigen möglich macht Silke Jordan	38	Dringend reformbedürftig – Änderungsvorschläge der EU-Kommission zur Dublin-II-Verordnung Marei Pelzer
12	Irakflüchtlinge: Zweierlei Maß, allerlei Gesetze Andrea Kothen		SCHLESWIG-HOLSTEIN:	28	Kollaboration mit Syrien – Folterrepublik im Nahen Osten Martin Link / Kai Weber	40	Italien: Flüchtlingsschutz versinkt im rechten Populismus Judith Gleitze
14	Bleiberecht: Uneingelöstes Versprechen Femke van Praagh		I			42	FRONTEX, Bootsflüchtlinge und die Menschenrechte Karl Kopp
16	Wer genug verdient, darf bleiben – Die Öffnung des Arbeitsmarkts für Geduldete		Gute Zeit, Alternativen von den Parteien einzufordern! Zur Bundes- und Landtagswahl			44	Ukraine: Flüchtlingsabwehr im Osten Femke van Praagh
						45	Adressen • Bestellformular • Impressum